

## Antrag

### der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

#### Enquetekommission „Jugend – Arbeit – Zukunft“

Der Landtag wolle beschließen,

gemäß § 34 der Geschäftsordnung des 12. Landtags von Baden-Württemberg eine Enquetekommission „Jugend – Arbeit – Zukunft“ einzusetzen mit dem Auftrag, für junge Menschen im Alter von 12 bis 27 Jahren unter Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Unterschiede zu untersuchen:

##### *A. Die Lebenslagen junger Menschen in Baden-Württemberg*

1. Welche Vorstellungen und Ansprüche junge Menschen an ihr Leben haben, und wie sich Jugend als Lebensphase im Vergleich zur Vergangenheit verändert hat.
2. In welchen familiären und sozialen Strukturen junge Menschen in Baden-Württemberg leben. Dabei sind auch spezifische strukturelle und personale Gewaltverhältnisse, denen junge Menschen ausgesetzt sind, darzustellen.
3. Welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede es in der Lebenslage junger Menschen in Baden-Württemberg gibt. Dabei ist der Schwerpunkt auf den Einfluß sozialer, regionaler, kultureller und geschlechtsspezifischer Aspekte zu legen. Die besonderen Lebenslagen der zahlreichen Jugendlichen aus Migrantenfamilien und Aussiedler sind dabei mit einzubeziehen.
4. Welche Ansprüche und Erwartungen junge Menschen in bezug auf Ausbildung, Arbeitsleben, Beruf und Familie sowie die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familie haben.
5. Welche Ansprüche und Erwartungen junge Menschen an die Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben haben.
6. Welche Probleme, Krisen und Konfliktfelder sich für junge Menschen in Baden-Württemberg ergeben.

##### *B. Zukunftschancen junger Menschen in Ausbildung und Beruf*

1. Bestandsaufnahme der Situation junger Menschen in Baden-Württemberg in Ausbildung und Beruf
  - a) Wie die Chancen und Probleme junger Menschen in Bildung und Ausbildung sind und dabei den Schwerpunkt auf die berufliche Bildung und die Ausbildung im dualen System zu legen.

- b) Welche Chancen und Probleme junge Menschen bei der Berufseinmündung und auf dem Arbeitsmarkt haben.
- c) Welchen Einfluß wirtschaftliche und soziale Veränderungen auf die Zukunftschancen junger Menschen in Ausbildung und Beruf haben; dabei ist der Schwerpunkt auf die Veränderung von Berufsbildern und Tätigkeitsstrukturen und absehbare Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt zu legen.
2. Sicherung der Zukunftschancen junger Menschen in Ausbildung und Beruf
- a) Was zur Sicherung der Zukunftschancen junger Menschen im Hinblick auf Berufsorientierung und Berufswahl sowie in Ausbildung und Beruf notwendig ist, insbesondere im Hinblick auf:
- die Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik,
  - die Umsetzung des sich aus Artikel 3 Abs. 2 GG ergebenden Verfassungsauftrages, die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung zu fördern und auf die Beseitigung von Nachteilen für junge Frauen hinzuwirken,
  - die rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen der beruflichen Bildung und des dualen Ausbildungssystems,
  - die Gestaltung von Bildungs- und Ausbildungsinhalten,
  - Förderprogramme und Integrationshilfen für benachteiligte junge Menschen,
  - Angebote für begabte und hochbegabte Jugendliche.
- b) Was notwendig ist, um die Chancen junger Menschen, einen Beruf zu erlernen und einen Arbeitsplatz zu erhalten, in den nächsten Jahren zu sichern, und welche Aufgaben sich daraus für die Bundes- und Landespolitik, für Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen, für die Kammern sowie für die Tarifpartner ergeben.
- C. Chancen junger Menschen zur Mitgestaltung und Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben in Baden-Württemberg*
1. Bürgerschaftliches und ehrenamtliches Engagement junger Menschen in Baden-Württemberg
- a) Welche Ansprüche junge Menschen an die Mitgestaltung und Beteiligung am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben in Baden-Württemberg haben, und in welchem Umfang Jugendverbände, -gruppen und -initiativen, Kirchen, Vereine, der Sport, soziale Organisationen, Parteien, Umweltschutz- und Kulturorganisationen dem Rechnung tragen.
- b) Wie dieses Engagement gefördert wird und wo Handlungsbedarf besteht, damit die Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches und ehrenamtliches Engagement verbessert werden können.
2. Jugendpolitik und gesellschaftliche, kulturelle, sportliche und politische Angebote für junge Menschen in Baden-Württemberg
- a) Welche Möglichkeiten zur Mitgestaltung und Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen, sportlichen und politischen Leben für junge Menschen in Baden-Württemberg bestehen.

- b) Welchen Stellenwert Jugendpolitik im Land und in den Kommunen hat und welche finanziellen, sächlichen und personellen Ressourcen dafür zur Verfügung stehen.
- c) Welche Angebote der Jugendhilfe, der außerschulischen Jugendbildung, der verbandlichen Jugendarbeit und der offenen Jugendarbeit sowie der Jugendsozialarbeit in Baden-Württemberg vorhanden sind, und welche Möglichkeiten zur Mitgestaltung dieser Angebote junge Menschen haben.
- d) Wie diese Angebote vernetzt sind, welche Probleme in der Zusammenarbeit bestehen und welche Bedeutung der Jugendhilfeplanung zukommt, und wie deren Förderung aussieht.
- e) Welche Angebote es für besondere Zielgruppen mit spezifischen Anforderungen gibt, insbesondere für:
- junge Ausländerinnen und Ausländer,
  - junge Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler,
  - junge Menschen mit sozialen, psychischen, krankheitsbedingten Problemlagen und Entwicklungsdefiziten,
  - behinderte junge Menschen,
  - sozial benachteiligte junge Menschen,
  - von Arbeitslosigkeit betroffene oder bedrohte junge Menschen,
  - für obdachlose Jugendliche.
- f) Wie die unter b) bis e) genannten Angebote und Maßnahmen, auch im Vergleich zu anderen Bundesländern und EU-Staaten, zu bewerten sind. Wo Bedarf für neue Angebote und zur Fort- und Weiterentwicklung bestehender Angebote besteht.
3. Welche Gefahren für die Zukunftschancen junger Menschen bestehen:
- a) Welche Ursachen Sucht, die Mitgliedschaft in Sekten, Kriminalität und Gewaltbereitschaft junger Menschen haben.
- b) Welche Möglichkeiten zur Prävention und zum erzieherischen Jugendschutz in den jeweiligen Problemfeldern bestehen.
- c) Wie sich gesellschaftliche Defizite wie zum Beispiel Wohnsituation, soziale Benachteiligungen, Straßenkinder oder Armut, aber auch überhöhte Leistungsanforderungen auf junge Menschen auswirken.

#### *D. Handlungsempfehlungen*

Die Enquetekommission soll dem Landtag über die Untersuchungsergebnisse nach Ablauf eines Jahres berichten, diese bewerten und etwaige Konsequenzen darstellen einschließlich der personellen und finanziellen Auswirkungen für Land, Kommunen und freie Träger. Dabei soll auch dargelegt werden, welche Anforderungen sich aus der Querschnittsaufgabe Jugendpolitik für die einzelnen Politikbereiche im Land ergeben, und wie sich die Jugendpolitik von Bund, Land und Kommunen sowie die Angebote der Jugendhilfe, der außerschulischen Jugendbildung, der verbandlichen Jugendarbeit und der offenen Jugendarbeit in Baden-Württemberg verändern muß, um veränderten Anforderungen gerecht zu werden.

*E. Kommissionsarbeit und -mitglieder*

Die Enquetekommission besteht aus 11 Mitgliedern des 12. Landtags von Baden-Württemberg. Als weitere Mitglieder der Enquetekommission werden benannt:

- ein/e Vertreter/in der Landesvereinigung der baden-württembergischen Arbeitgeberverbände,
- ein/e Vertreter/in des Deutschen Gewerkschaftsbundes Landesbezirk Baden-Württemberg,
- ein/e Vertreter/in des Gemeindetags,
- ein/e Vertreter/in des Landkreistags,
- ein/e Vertreter/in des Städtetags,
- fünf Vertreterinnen und Vertreter des FORUMS Kinder- und Jugendpolitik freier Träger in Baden-Württemberg.

13. 05. 97

Maurer, Braun,  
Christine Rudolf, Weimer  
und Fraktion

Kuhn, Stolz  
und Fraktion

**Begründung**

Mit der Forderung nach einer Enquetekommission „Jugend – Arbeit – Zukunft“ greift die SPD Vorschläge aus dem Bereich der Jugendverbände und freien Jugendhilfe auf, die eine solche Enquetekommission als Fortsetzung der mit der Kinder-Enquete in der letzten Wahlperiode begonnenen Arbeit für die 12. Legislaturperiode gefordert hatten. Vor dem Hintergrund der aktuellen wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Entwicklung besteht aber die Notwendigkeit, den Untersuchungsauftrag einer solchen Enquetekommission auch auf den Bereich der Berufs- und Arbeitsmarktchancen junger Menschen auszuweiten.

Die Kommissionsarbeit muß auf eine sehr konkret angelegte, ergebnisorientierte Arbeit in wichtigen jugendpolitischen Problemfeldern im Land angelegt sein. Ziel der Kommissionsarbeit muß es sein, am Ende ihrer Arbeit Handlungsempfehlungen zur Fortentwicklung der Jugendpolitik in Baden-Württemberg vorzulegen.

Die Jugendpolitik im Land nimmt die enormen gesellschaftlichen und sozialen Veränderungen bisher nur unzureichend zur Kenntnis. Jugend ist zu einer eigenständigen Lebensphase geworden, mit eigenen Problemen, aber auch eigenen Ansprüchen an die Gesellschaft und mit eigenen Vorstellungen für die Teilhabe am politischen, kulturellen und sozialen Leben. Die Forderung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG), positive Lebensbedingungen für junge Menschen zu erhalten und zu schaffen, muß deshalb neu durchdacht und mit neuen Impulsen versehen werden.